

Riesner Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verantwortl. Schriftf. Riesner, Dresden, Br. 20. Postfach Nr. 22.

Das Riesner Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großschönau, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen befähigter bestimmes Blatt.

Postfachkonto: Dresden 1550. Girokonto: Riesa Nr. 62.

Nr. 275.

Donnerstag, 24. November 1932, abends.

85. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark ohne Zustellgebühr, durch Postbezug RM. 2,14 einsch. Postgebühr (ohne Zustellgebühr). Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Papiere und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preis-erhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 33 mm breite, 3 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 39 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; jezt raubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfallen, durch Abgabe eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konturs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wichtige Unterhaltungsbeilagen „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Verordnungs-Einrichtungen — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Vanger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Hitlers Denkschrift überreicht. Staatssekretär Meißner wird schriftlich antworten.

Communiqué über das Antwortschreiben Hitlers.

Berlin, 23. November. Die Antwort Adolf Hitlers auf das geführte Schreiben des Staatssekretärs Meißner wurde heute 6 Uhr 30 Min. nachmittags durch den Reichstagspräsidenten Göring dem Staatssekretär Meißner übergeben. Der 7 1/2 Seiten umfassende Brief enthält mit ausführlicher Begründung die Erklärung, daß Herr Hitler dem vom Herrn Reichspräsidenten an ihn gerichteten Ersuchen, festzustellen, ob und unter welchen Bedingungen er eine sichere arbeitsfähige Mehrheit mit seinem einheitlichen Arbeitsprogramm für eine von ihm geführte Regierung finden würde, nicht entsprechen könne. Mit dieser Abgabe verbindet Herr Hitler einen Gegenvorschlag, der zur Zeit dem Herrn Reichspräsidenten zur Prüfung vorliegt.

Berlin, 24. November.

Die Antwort Adolf Hitlers enthält in den ersten sechs Seiten eine sehr ausführliche Auseinandersetzung mit den Argumenten des Dienstbriefes des Staatssekretärs Meißner an Hitler. Der eigentliche Vorschlag Hitlers ist in den letzten anderthalb Seiten enthalten.

In politischen Kreisen ist man der Ansicht, daß der Reichspräsident keine Entscheidung wahrscheinlich erst am Donnerstagabend trifft, und zwar deshalb, weil er das ernste Bestreben hat, auch die weiteren Verhandlungen in aller Ruhe und Sorgfalt zu führen, damit, immer irgendmöglich, eine positive Lösung erzielt wird. Dieses Bestreben wird umso stärker eingeschätzt, als die Art, wie die Antwort Hitlers in dem nationalsozialistischen Kommuniqué betanzt gegeben wurde, außerordentlich stark befremdet hat.

Nach Auffassung politischer Kreise enthält das nationalsozialistische Kommuniqué eine ungewöhnliche Kritik am Reichsoberhaupt in der Behauptung, daß die Vorbehalte des Reichspräsidenten „innerlich undurchführbar“ seien. Diese Feststellung hat umso mehr befremdet, als Hitler bei seinen persönlichen Besprechungen im Haus des Reichspräsidenten die Vorbehalte grundsätzlich angenommen hatte. Dasselbe gilt für die übrigen Parteiführer, die der Reichspräsident empfangen hat. So mußte der Reichspräsident den bestimmten Eindruck gewinnen, daß eine parlamentarische Mehrheitsbildung auf Grund der fünf Punkte möglich sei. In diesem Sinne ist das Ersuchen des Reichspräsidenten eine direkte Fortsetzung der Besprechung, die er am Sonnabendmittag mit Hitler hatte.

Geht die Kritik an den Vorbehalten des Reichspräsidenten schon aus diesen sachlichen Gründen fehl, so gilt das nach Auffassung politischer Kreise in selbem Maß für die in den letzten Tagen lautgewordene Beanstandung des Ersuchens, festzustellen, ob „eine sichere, arbeitsfähige Mehrheit mit einheitlichem Arbeitsprogramm“ im Reichstag für eine neue Reichsregierung vorhanden ist. Es steht außer allen Zweifel, daß auch alle früheren Aufträge an andere Persönlichkeiten vom Reichspräsidenten immer limitiert worden sind. Das gilt in erster Linie auch für den Auftrag, den vor einem halben Jahr Reichskanzler von Papen bekommen hat. Er lautete auf die „Bildung einer Regierung der nationalen Konzentration“. Ebenso sind frühere Beauftragungen mit ausdrücklichen Beschränkungen erfolgt, so der an Hermann Müller im Juli 1928 und der an den Reichskanzler Marx im Januar 1927. Bei der Bildung des Kabinetts Müller hat der Reichspräsident, als eine bestimmte Parole für sich dem Reichskanzler forderte, öffentlich festgestellt, daß er es ablehnen müsse, „in Ausübung seiner verfassungsmäßigen Rechte sich von einer Fraktion für die Zusammensetzung des Reichskabinetts besondere Vorurteile machen zu lassen“.

Mit diesen Vorbehalten wird nach Auffassung politischer Kreise die in den letzten Tagen verschiedentlich geäußerte Ansicht widerlegt, daß die Begrenzung des Auftrags mit seinem parlamentarischen Charakter nicht vereinbar sei.

Hitler schlägt in seiner Antwort seinerseits eine Art Verzicht auf die weiteren Verhandlungen um die Kabinettsneubildung vor, ohne eine Ministerliste aufzustellen. Die Entscheidung über das Verfahren liegt natürlich ebenfalls beim Reichspräsidenten. In politischen Kreisen nimmt man an, daß Hindenburg dem Wunsch, die Fäden in diesem Stadium nicht abreißen zu lassen, entsprechen wird, da der Vorschlag Hitlers von der nationalsozialistischen Führung als Diskussionsgrundlage bezeichnet wird.

Wenn in dem Kommuniqué gesagt wird, daß die Regierungstruppe durch Hitler in „kürzester Frist“ gelöst werden könne, so ist das nicht so aufzufassen, als stelle Hitler dem Reichspräsidenten ein Ultimatum.

In der Antwort Hitlers wird vielmehr erklärt, daß Adolf Hitler, wenn ihm der Auftrag erteilt werden würde, in einer genaueren Frist in der Lage sei, die Krise zu lösen. Die Entscheidung des Reichspräsidenten wird nun wahrscheinlich im Laufe des heutigen Donnerstag ergehen. Meldungen, daß heute auch ein Empfang der Parteiführer stattfinden solle, beruhen auf Kombinationen, die nicht zutreffen dürften.

Berlin. Wie wir erfahren, hat Adolf Hitler gestern abend mit anderen Führern der Garzburger Front oder anderen Parteiführern keine Sitzung mehr ausgenommen. Es ist aber anzunehmen, daß die vermittelnden Bemühungen des Herzogs von Coburg weitergehen.

Vor der Entscheidung des Reichspräsidenten.

Berlin. (Funkpruch.) Wie wir erfahren, ist der Reichspräsident mit seinen engeren Mitarbeitern seit den frühen Vormittagsstunden mit der Prüfung der Antwort Adolf Hitlers und der Vorbereitung seiner Entscheidung beschäftigt. Die Beratungen dauern gegen Mittag noch an. Bevor die Entscheidung des Reichspräsidenten ergangen ist, hat es keinen Zweck, sich an Vermutungen darüber zu beteiligen, in welcher Form die Verhandlungen mit Adolf Hitler zum Abschluß gebracht werden.

Schriftliche Antwort auf Hitlers Schreiben.

Berlin. (Funkpruch.) Wie wir erfahren, ist die Entscheidung des Reichspräsidenten dahin gefallen, daß die Antwort an Adolf Hitler schriftlich erfolgen soll. Es ist anzunehmen, daß das vorausgeschickte umfangreiche Dokument die Auffassungen Adolf Hitlers in sehr eingehender Form widerlegt. In politischen Kreisen wird erwartet, daß die Antwort im Laufe des späteren Nachmittags übergeben wird.

Berlin. (Funkpruch.) Wie wir ergänzend erfahren, wird die Antwort an Adolf Hitler in der Form eines Schreibens des Staatssekretärs Meißner erfolgen, da auch das geführte Schreiben Hitlers an Staatssekretär Meißner gerichtet war.

Der „Freiheitstempel“ zur Antwort Hitlers.

Dresden. Der (nationalsozialistische) „Freiheitstempel“, der seinen Lesern in einer Sonderausgabe vom Inhalt des Antwortschreibens an den Reichspräsidenten Kenntnis gab, schreibt, nachdem sich namhafte Persönlichkeiten sehr stark für eine Lösung der vorhandenen Schwierigkeiten durch die Vertrauensstellung eingelegt hätten, seien die Auslöser für ein solches Kabinett auch jetzt noch absolut günstig. — „Die Spannung beginnt sich zu lösen, der Weg zu einer neuen Führung und damit zu Freiheit und Brot ist frei.“

Der Stand der Verhandlungen über die Regierungsbildung.

Berlin. Es liegt nun wieder völlig beim Reichspräsidenten, in welcher Form sich nach dem Antwortschreiben Adolf Hitlers die Verhandlungen über die Regierungsbildung weiterhin vollziehen sollen. Von einer Fortsetzung des Schriftwechsels verzichtet man sich jedenfalls, wie von zentraler Stelle erklärt wird, nicht. Der Reichspräsident sei gewillt, eine Lösung zu finden. Er halte aber auch jetzt noch daran fest, daß gemäß seiner Rückfrage mit den Parteiführern eine parlamentarische Regierungsbildung durch Hitler möglich gewesen wäre. In der ersten Aussprache mit dem Reichspräsidenten habe Hitler die Möglichkeit, eine parlamentarische Mehrheit im Reichstag zu finden, bejaht. In unterrichteten Kreisen hält man es nicht für ausgeschlossen, daß der Reichspräsident nun noch einmal die Führer anderer Parteien empfangen wird, um volle Klarheit zu schaffen.

Die Forderungen, die der Reichspräsident an Hitler gestellt hat, sind vielfach falsch oder verzerrt wiedergegeben worden. Sie seien daher noch einmal aufgeführt:

Sachliche Forderungen:

1. Vorlegung eines Wirtschaftsprogramms.
2. Keine Maßnahmen zur Wiederherstellung des Dualismus Reich-Preußen.
3. Keine Abschwächung des Artikels 48.

Persönliche Forderungen:

1. Die Ministerliste bedarf der Bestätigung durch den Reichspräsidenten, d. h. der Reichspräsident hat Hitler keine Plankompetenz für die Ministerliste erteilt.
2. Die Voten des Außenministers und des Reichswehrministers unterliegen der besonderen persönlichen Befehlsgewalt des Reichspräsidenten, weil der Reichspräsident Oberbefehlshaber der Reichswehr und Vertreter des Reiches nach außen ist.

In den Einzelbesprechungen, die der Reichspräsident mit den Parteiführern hatte, hatten sich sämtliche Parteiführer grundsätzlich mit diesen Bedingungen einverstanden erklärt. Über diese Bedingungen hinaus sind aber auch keine besonderen Forderungen gestellt worden. So ist auch nicht verlangt worden, daß Hitler das Wirtschaftsprogramm der Regierung Papen übernehme. Wenn nun Hitler ohne Rücksichtnahme mit den anderen Parteien seine persönliche Vertrauensstellung zum Kanzler im Sinne einer Präsidialregierung vorschlägt, so ist es bisher stets die Auffassung des Reichspräsidenten, daß er keinen Parteiführer, welchen auch immer, mit der Führung einer solchen Präsidialregierung betrauen könne.

Der Reichspräsident will nun nichts überstürzen und den neuen Vorschlag Hitlers gründlich durchprüfen. Da die Verhandlungen nicht abgebrochen sind, ist damit zu rechnen, daß andererseits auch Versuche fortgeführt werden, die darauf abzielen, die „Garzburger Front“ irgendwie wieder aufleben zu lassen.

Eine Richtigmstellung der NSDAP.

Berlin. (Funkpruch.) Die Reichspropaganda der NSDAP teilt mit, daß die in einem Teil der Presse heute verbreiteten Meldungen, wonach Adolf Hitler dem Herrn Reichspräsidenten die Bildung eines Präsidialkabinetts als Vorerprobungsmaßnahme auf der Basis der Garzburger Front vorgeschlagen habe, unter Ausschluß anderer politischer Gruppen, die sich für eine nationale Konzentration zur Verfügung stellen, falsch ist.

Die nationalsozialistische Führung einig.

Berlin. Reichstagspräsident Goerring, die Reichstagsabgeordneten Dr. Friedl, Dr. Goebbels und Straßer, sowie Stabschef Röhm veröffentlichten folgende Erklärung: „Die seit Bestehen der NSDAP, besonders in politisch-erregten Zeiten üblich, veröffentlicht die gegenwärtige Presse auch jetzt wieder in verschiedenartiger Aufmachung aus der Luft gegriffene Zweckmündungen über angebliche Unstimmigkeiten innerhalb der nationalsozialistischen Führerschaft. Um diesem in seiner Absicht leicht erkennbaren, dem Wunschbild der Gegner Rechnung tragenden Geschwätz, ein für allemal ein Ende zu machen, erklären die Unterzeichneten, einig in unerwiderter Gehörlichkeit, daß sie als Führer der Bewegung, daß sie es für unter ihrer Würde halten, in irgendeiner Form auf solche Fälschungen künftig noch einmal einzugehen. ges. Friedl, Goebbels, Goering, Röhm, Straßer.“

Die englisch-französischen Bedingungen um eine Rückkehr Deutschlands zur Abrüstungskonferenz.

Genf. (Funkpruch.) Ueber die Abrüstungsfrage, die anfänglich der Ratstagung inoffiziell zwischen den Vertretern der Großmächte erörtert worden ist, sind heute vorläufig keine weiteren Besprechungen vorgesehen. Der deutsche Außenminister hat in seinen bisherigen Unterredungen mit den Vertretern Englands, Amerikas und Italiens für den Wunsch dieser Mächte, Deutschlands Rückkehr zur Abrüstungskonferenz zu erleichtern, volles Verständnis und weitgehendes Entgegenkommen gezeigt.

Die positive Haltung Deutschlands gegenüber der Konferenz kommt darin zum Ausdruck, daß Deutschland die Vorschläge der Simonischen Rede — bei aller Kritik im einzelnen — als eine brauchbare Diskussionsgrundlage über die Gleichberechtigungsfrage anerkennt. Gleichzeitig muß aber mit Bedauern festgestellt werden, daß es dem englischen Außenminister bisher nicht gelungen ist, auch Frankreich, auf dessen Haltung es in der ganzen Frage entscheidend ankommt, für den gleichen Standpunkt zu gewinnen.

Die Lage stellt sich im Augenblick so dar, daß Frankreich seinen Plan, der in vorläufig noch ganz unübersichtlicher Weise die Gleichberechtigung im Rahmen einer allgemeinen Sicherheitsorganisation herbeiführen will, in den Vordergrund stellt und nicht bereit ist, auf den Boden der Simonischen Vorschläge zu treten. Solange Frankreich bei dieser Haltung bleibt, sind naturgemäß für eine Konferenz der Mächte, von der in den letzten Tagen soviel gesprochen wird, die logischen Voraussetzungen nicht gegeben; denn eine derartige Konferenz hätte nur dann Zweck und Sinn, wenn sie auf die alleinige und von allen übrigen Großmächten anerkannte Erörterung der Simonischen Vorschläge beschränkt bliebe. Andernfalls wäre dies ein überflüssiges Konferenzunternehmen zur Abrüstungskonferenz. Da noch keine Anzeichen für eine Änderung der französischen Haltung vorliegen, läßt sich ein Zeitpunkt für diese Konferenz nicht absehen.